



# NEWSLETTER



KAS AUSLANDSBÜRO MADRID  
FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

AUSGABE 31  
15. Oktober 2007

## Inhalt

- **Seite 1**  
Streit um Nationalsymbole im  
Mittelpunkt des Nationalfeiertags
- **Seite 2**  
PP gewinnt gegenüber PSOE  
leicht an Boden
- **Seite 3**  
Mordversuch im Baskenland  
sorgt für Unruhe in Spanien
- **Seite 4**  
Regierung will alle frankisti-  
schen Symbole entfernen las-  
sen
- **Seite 5**  
Wird eine ehemalige Franco-  
Residenz in Galicien enteig-  
net?
- **Seite 6**  
Streit um OSZE-Konferenz ge-  
gen Islamophobie in Córdoba

## Newsletter aus Madrid

### >> Streit um Nationalsymbole im Mittelpunkt des Nationalfei- ertags

Spanien beginnt am 12. Oktober mit dem „Día de la Hispanidad“ seinen Nationalfeiertag. Das Gedenken an den Tag der Entdeckung Amerikas durch Kolumbus war dabei erneut Anlass eines politischen Streits zwischen Regierung und Opposition. Vor drei Jahren erzürnte der damals frisch gewählte Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero die Volkspartei, nachdem dieser sich demonstrativ geweigert hatte, während der traditionellen Militärparade entlang der Madrider Prachtstraße Paseo de la Castellana vor der vorbeiziehenden amerikanischen Flagge aus Protest gegen den Irakkrieg aufzustehen. Dies hatte damals einen heftigen Streit zwischen den politischen Kontrahenten entfacht. In diesem Jahr bestimmte die Auseinandersetzung um die Symbole der nationalen Einheit Spaniens die Auseinandersetzung zwischen den politischen Parteien.



Angefacht von dem erneut aufflackernden Nationalismus im Baskenland und in Katalonien, der in der Verbrennung von Königsabbildungen gipfelte, sah sich der Vorsitzende der Volkspartei, Mariano Rajoy, genötigt, mit einer staatsmännischen Ansprache an die Spanier zu wenden. In einem Format, das eindeutig an die offizielle Rede eines Staats- oder Regierungschefs erinnerte, forderte der PP-Chef vor einer spanischen Flagge und einem Bücherregal seine Landsleute auf, den Nationalfeiertag „aus Gründen, die jeder kennt, dieses Jahr besonders zu feiern“. Dazu sollten die Spanierinnen und Spanier am 12. Oktober die Flagge mit „Stolz und hoch erhobenem Kopf ehren und zeigen“. Rajoy gab seinen eigenen „Stolz“ darauf zu Protokoll, Spanier zu sein und zeigte sich „überzeugt“, dass die

Spanier ebenso empfinden. Er beendete seine knapp zweiminütige Ansprache mit dem Wunsch an alle: „Einen frohen Tag der spanischen Nation, einen frohen Nationalfeiertag!“

Das Rajoy-Video entwickelte sich schnell zum Renner auf dem Internet-Portal „YouTube“ und rief erbitterte Proteste seitens des politischen Gegners hervor. Ministerpräsident Zapatero und Verteidigungsminister José Antonio Alonso warfen Rajoy vor, die spanische Flagge als „Symbol der Einheit“ zu Wahlkampfzwecken zu missbrauchen. Der PSOE-Organisationssekretär José Blanco nannte die Rede einen „Vorfall von besonderer Schwere“ und klagte den PP-Chef an, sich der nationalen Symbole zu bemächtigen und sie gegen die zu richten, die anders denken. Die Geschichte habe gezeigt, so Blanco, dass „viele Spanier erschauern, wenn die Rechte anfängt, „Spanien“ zu schreien“.

Kritik rief neben dem Inhalt auch das Format der Botschaft hervor. Der Chef der kommunistischen IU, Gaspar Lamazares, sieht durch die Ansprache den „institutionellen Charakter“ des Amtes des Ministerpräsidenten verletzt. Der Auftritt vor der Flagge zeuge vom „Minderwertigkeitskomplex“ Rajoy. Immer wieder wurde zudem darauf hingewiesen, die Botschaft Rajoy erinnere an die jährliche Weihnachtsansprache des spanischen Königs. Die spanische Linke spottete deshalb, Rajoy habe es diesmal mit seinen Unterstützungsgesten für die Krone übertrieben. Die Zapatero-freundliche, neue Tageszeitung „Público“ zeigte auf ihrem Titelbild vom Donnerstag das Gesicht Rajoy in einer riesigen spanischen Flagge. Darüber verkündete sie in riesigen Buchstaben: „Er glaubt, er wäre König (in YouTube)“.



## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 31 |

15. OKTOBER 2007

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

Unbeeindruckt von der Kritik gab die Volkspartei ein [Manifest](#) zur „Verteidigung der spanischen Flagge als Einheitssymbol“ heraus, welches in allen von der PP regierten Städten über 50.000 Einwohnern während der offiziellen Feierlichkeiten in den Rathäusern vorgelesen werden sollte. Das katalanische liberal-christdemokratische Parteienbündnis CiU hatte indessen die Katalanen dazu aufgerufen, den Nationalfeiertag mit einem „japanischen Streik“ zu begehen, d.h. den Feiertag zu missachten, indem alle normal zur Arbeit gehen.

In der Hauptstadt Madrid, wo die Anspannung wegen der Militärparade unter Anwesenheit des Königshauses sowie des Regierungskabinetts von Ministerpräsident Zapatero, am größten war, kam es lediglich zu einem kleinen Vorfall. Eine kleine Gruppe von Regierungsgegnern buhte den Regierungschef aus, was vor allem Empörung bei den Militärs und der linksgerichteten Presse entfachte. Die Presse kritisierte gleichzeitig PP-Chef Rajoy, da er erst nach massiver Kritik an seiner Person das Verhalten der Buhrufer verurteilt hatte.

Insgesamt verlief jedoch der Nationalfeiertag ohne größere Zwischenfälle. Ein befürchteter ETA-Anschlag blieb aus. Lediglich im baskischen San Sebastián fanden Kravalle statt, als Separatisten zu einer Demonstration gegen eine genehmigte Kundgebung der Falange, der Anhänger Francos, aufgerufen hatten. In der katalanischen Provinzhauptstadt Lleida kam es zu der angekündigten Verbrennung von Königsbildern, an der rund 1.000 Katalanen, darunter auch zahlreiche Anhänger des CiU-Bündnispartners CDC, teilnahmen. In Valencia hingegen, das von einer absoluten Mehrheit der Volkspartei regiert wird, verbrannten Anhänger der spanischen Einheit Bilder des baskischen Regionalpräsidenten Juan José Ibarretxe, des stellvertretenden katalanischen Regierungschefs Josep Carod-Rovira, der linksnationalistischen Partei ERC sowie von ETA-Führern.

### >> PP gewinnt gegenüber PSOE leicht an Boden



Zwei neue Umfragen geben der oppositionellen Volkspartei Hoffnung, bei den Parlamentswahlen im März 2008 Ministerpräsi-

dent Zapatero aus dem Amt entfernen zu können. Zwar hält die PSOE vorerst einen Vorsprung in der Sonntagsfrage, der Abstand zur PP wird jedoch geringer und bewegt sich in Größenordnungen, die auch einen Wahlsieg der Volkspartei als realistisch erscheinen lässt.

Eine Erhebung des Meinungsforschungsinstitutes [DYM](#) im Auftrag der konservativen Tageszeitung ABC sieht die PSOE mit 41,2 Prozent der Stimmen nur noch 1,9 Prozentpunkte vor der Volkspartei, die auf 39,3 Prozent kommt. In derselben Umfrage vor einem Vierteljahr hatte die PSOE noch einen Vorsprung von vier Prozentpunkten vorweisen können. Diese Tendenz wird auch durch einer Umfrage des Institutes „Noxa“ im Auftrag der katalanischen Zeitung [„La Vanguardia“](#) bestätigt. Demnach betrage der Abstand zwischen den beiden großen Volksparteien jedoch 2,7 Prozentpunkte. Die PSOE kommt laut „Noxa“ auf 42,3, die PP auf 39,6 Prozent. Im Vergleich zu den Wahlen 2004 würde dies für die PP einen Zugeschwind von 1,9 Prozent und für die PSOE einen leichten Verlust von 0,3 Prozent bedeuten. Auch im Vergleich zu vorherigen Umfragen desselben Meinungsforschungsinstitutes kann die PP den Abstand zur PSOE verringern.



Die Umfrage im Auftrag von [„La Vanguardia“](#) zeigt noch weitere interessante Entwicklungen. So müssten die Regionalparteien aus Katalonien ([CiU](#), [ERC](#)) und dem Baskenland ([PNV](#)) mit empfindlichen Stimmenverlusten rechnen. Diese Parteien sind für beide Volksparteien wichtige Mehrheitsbeschaffer im Parlament. CiU fällt demnach um 0,7 Prozentpunkte auf 2,5 Prozent, während die PNV einen halben Prozentpunkt einbüßen und mit 1,1 Prozent der Stimmen rechnen könnte. Dies würde möglicherweise den Verlust von jeweils zwei Parlamentsabgeordneten in Madrid bedeuten. Mit einem Verlust von drei Abgeordneten müssten die in den letzten Wochen besonders radikal aufgetretenen katalanischen Linksnationalisten ([ERC](#)) rechnen. Die Partei würde [„La Vanguardia“](#) zufolge 0,9 Prozentpunkte einbüßen und käme landesweit nur noch auf 1,6 Prozent der Stimmen. Trotz des relativ guten Abschneidens der Volkspartei in der Sonntagsfrage, bescheinigt die [„Noxa“-Umfrage](#) der größten

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 31 |

15. OKTOBER 2007

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

Oppositionspartei und ihrem Spitzenkandidaten Mariano Rajoy (Foto) in vielen Punkten deutlich schlechtere Werte als der Regierung. So glauben 58 Prozent der Befragten, der nächste Ministerpräsident werde José Luis Rodríguez Zapatero heißen. Nur 29 Prozent setzen auf Mariano Rajoy, wenn sich auch 36 Prozent den Oppositionsführer als Regierungschef wünschen. Demgegenüber bevorzugen jedoch 51 Prozent den aktuellen Amtsinhaber.



Hinsichtlich der Beliebtheit der Spitzenpolitiker geben die Umfragen aus „ABC“ und „La Vanguardia“ ein ähnliches Bild ab. Die beiden beliebtesten Politiker Spaniens sind demnach Wirtschafts- und Finanzminister Pedro Solbes (Foto) und die stellvertretende Ministerpräsidentin María Teresa Fernández de la Vega. Mariano Rajoy landet nur im unteren Mittelfeld. Allgemein scheinen

die Spanier kein besonders gutes Bild von der politischen Situation in ihrem Land zu haben. 35 Prozent der in „ABC“ Befragten schätzen die politische Lage als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ ein und nur 18 Prozent empfinden sie als „gut“ bzw. „sehr gut“. Noch verheerender ist das Ergebnis von „La Vanguardia“. Hier bewerten 47 Prozent die Situation als negativ, während sie 26 Prozent als positiv empfinden. Auch die Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage sinkt. Im Vergleich zur Juli-Umfrage von „Noxa“ glauben in der aktuellen Erhebung mit 39 Prozent neun Prozent weniger an eine „gute“ oder „sehr gute“ wirtschaftliche Lage. Dementsprechend stieg der Anteil derer, die mit der Wirtschaft unzufrieden sind um sechs Prozent. 34 Prozent der Befragten halten die wirtschaftliche Lage für negativ. Die ABC-Umfrage versuchte auch, die Meinung der Spanier über die neue Antiterrorpartei UPD zu ermitteln. 51 Prozent halten die Partei demnach für „notwendig“ (73 Prozent der PP- und 46 Prozent der PSOE-Wähler). 15 Prozent der Befragten halten es für möglich oder wahrscheinlich, dass sie der Formation der ehemaligen sozialistischen Europaabgeordneten Rosa Díez auch ihre Stimme geben.

## >> Mordversuch im Baskenland sorgt für Unruhe in Spanien

Nur wenige Tage nach der Festnahme eines Großteils der Führung der illegalen Batasuna-Partei und kurz vor dem spanischen Nationalfeiertag am 12. Oktober ist der Terror auf die Straßen des Baskenlandes zurückgekehrt. In Bilbao explodierte am 9. Oktober um 13.25 Uhr eine Autobombe unter dem Privatfahrzeug des Leibwächters eines PSOE-Gemeinderats aus dem baskischen Galdakao. Die Polizei geht davon aus, dass der Anschlag dem Leibwächter, der der PP angehört, selbst galt, da sich sein Chef zum Tatzeitpunkt in Valencia aufhielt. Der 36-jährige Leibwächter, der sich aus dem brennenden Fahrzeug selbst befreien konnte, entkam nur knapp dem Tod.



Der jüngste ETA-Anschlag ist insofern bedeutend, als dass er der erste direkte Mordversuch der Terrorgruppe seit 2003 ist. Sicherheitsstaatssekretär Antonio Camacho (PSOE) sprach deshalb auch von einem „qualitativen Sprung“ des Anschlags. Auch der baskische Innenminister Javier Balza (PNV) sieht in ihm die „eindeutige und entschiedene Absicht, gezielt zu töten“. Der Anschlag war der dritte seit dem offiziellen Ende des Waffenstillstands am 5. Juni dieses Jahres. Dazu kommen insgesamt fünf Anschläge, die von der Polizei in diesem Zeitraum vereitelt werden konnten. Die ETA ist mit der Autobombe zu einer Art des Terrors zurückgekehrt, mit der die Organisation zwischen 2000 und 2002 bei 16 Anschlägen acht Menschen ermordet hat. Von mehreren Seiten wurde die Vermutung geäußert, dass die Bombe eine Vergeltungsaktion für die jüngste Festnahme von Batasuna-Mitgliedern sein könnte. Dieser Verdacht wird dadurch erhärtet, dass die verbotene, ETA-nahe Partei die Polizeiaktion als „Kriegserklärung“ und „Racheakt“ aufgefasst hatte. Zudem hatte Batasuna gedroht, die Festnahmen könnten einen „neuen Gewaltzyklus verursachen“.



Die baskische und gesamtspanische Politik reagierte unterdessen mit Entsetzen auf den Anschlag. Der Sprecher und mögliche nächste Vorsitzende der Baskischen Nationalistenpartei (PNV), Iñigo Urkullu (Fo-

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 31 |

15. OKTOBER 2007

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

to), nannte das Vorgehen der ETA gegen die Bürger „mafiös und faschistisch“. Auch der baskische Regionalpräsident [Juan José Ibarretxe](#) (Foto) erklärte, die ETA habe die „Orientierung verloren“. Nichts desto trotz wolle er jedoch am geplanten Referendum über einen „neuen politischen Rahmen“ für das Baskenland festhalten, da die ETA nicht verhindern dürfe, dass „das baskische Volk seinen Weg geht“.



Der spanische Ministerpräsident [José Luis Rodríguez Zapatero](#) (Foto) scheint sich unterdessen endgültig von seiner dialogbereiten Haltung gegenüber der ETA entfernt zu haben und macht sich rund fünf Monate vor den nächsten Wahlen eine Rhetorik zu eigen, die man bisher nur von der PP kannte. Der spanische Staat, so kommentierte Zapatero den ETA-Anschlag, sei „bereit für die Schlacht“ gegen den Terror. Gleichzeitig rief er zur Einheit aller Demokraten auf.



PP-Chef Mariano Rajoy hielt sich unterdessen auffällig mit Regierungskritik zurück. Er versprach im Falle eines Wahlsiegs die Ausschöpfung aller rechtsstaatlichen Mittel zum Sieg über den Terror. Die ETA werde trotz aller Bomben den Kampf gegen die 500 Jahre alte spanische Nation und ihre 44 Millionen Bürger nicht gewinnen, so der Oppositionsführer. Dem von der ETA verletzten Leibwächter und „all denen, die die das Leben und die Rechte von der ETA bedrohter Bürger schützen“ sprach er seine Solidarität aus. Die Festnahme großer Teile der Bata-suna-Führung auf Anweisung von Ermittlungsrichter Baltazar Garzón lobte Rajoy, wenn sie auch seiner Meinung nach schon früher hätte geschehen müssen. Jetzt sei es notwendig, genauso entschlossen gegen die ebenfalls ETA-nahen Parteien [ANV](#) und [PCTV](#) vorzugehen.

### >> Regierung will alle frankistischen Symbole entfernen lassen

Nach ermüdenden Verhandlungen der Regierung mit den Regionalparteien scheint ein Durchbruch beim umstrittenen „Gesetz zur Historischen Erinnerung“, welches als Entschädigungsgesetz für die Opfer des

Spanischen Bürgerkriegs und der Franco-Diktatur dient, gelungen zu sein. Am vergangenen Donnerstag stellte die spanische Regierung einen Gesetzesentwurf vor, den sie in den spanischen [Kongress](#) einbringen möchte. Dabei wurden gegenüber der alten Gesetzesvorlage überraschend die Bestimmung hinsichtlich der Entfernung von Symbolen der Franco-Diktatur von spanischen Straßen, Plätzen und Gebäuden verschärft. Sollte das Gesetz in seiner derzeitigen Form eine parlamentarische Mehrheit finden, wären nicht nur die der Zentralregierung unterstehenden Gebäude, sondern auch alle Anlagen, die von Regionen und Kommunen verwaltet werden, von jeglicher Erinnerung an die Franco-Diktatur zu befreien. So müssten beispielsweise die zahlreichen Plaketten, Anschläge und Wappen, „welche die militärische Erhebung (Francos im Jahr 1936, d.Red.), den Bürgerkrieg und die Repression der Diktatur loben“, aus dem Straßenbild entfernt werden. Zudem sollen Straßen, die frankistische Namen tragen, umbenannt werden. In [Santa Cruz de Tenerife](#), der Hauptstadt von Teneriffa, heißt etwa die Hauptverkehrsader auch 2007 noch „Allee des Generals Franco“. Besonders umstritten ist eine in den Gesetzestext aufgenommene Drohung, privaten Institutionen Subventionen zu streichen, sollten sie die Entfernung von öffentlich sichtbaren Franco-Symbolen aus ihren Gebäuden verweigern. Diese Bestimmung richtet sich vor allem gegen die [Katholische Kirche](#) Spaniens, da Franco in vielen spanischen Gotteshäusern Gedenktafeln für die im Bürgerkrieg „für Gott und Spanien“ gefallenen frankistischen Soldaten („caídos“) anbringen ließ.

Trotz erbitterter Debatten und zahlreicher Forderungen sind die Bestimmungen des Gesetzes zur künftigen Nutzung des größten aller Franco-Symbole, des monumentalen



„[Tal der Gefallenen](#)“ nahe Madrid (Foto), vage. Hier beschränkt sich der Gesetzesentwurf darauf, jegliche

frankistischen Gedächtnisveranstaltungen zu verbieten und zu fordern, den Ort zur „ehrenden Erinnerung an alle im Bürgerkrieg Gefallenen und zur Förderung von Frieden und demokratischen Werten“ zu nutzen. Im „Tal der Gefallenen“ liegen der Diktator Francisco Franco und der 1936 von

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 31 |

15. OKTOBER 2007

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

den Republikanern erschossene Führer der „Falange“-Partei, José Antonio Primo de Rivera, in einer unterirdischen Kathedrale begraben.

Die PP, die ursprünglich manche frankistische Elemente eingeschlossen hatte, kritisierte das Vorhaben. Es zeuge von Zapateros „Besessenheit“ mit der Geschichte der Zweiten Republik und des Frankismus. Für Juan Costa, den Koordinator des PP-Wahlprogramms, will sich Zapatero „vor den nächsten Wahlen profilieren, in dem er mit der Vergangenheit Politik macht.“ Das Gesetz entspreche dem ideologischen „Grundziel“ der Legislaturperiode Zapateros, die „Spanier zu entzweien“.

Neben den Symbolen beinhaltet der neue Entwurf eine weitere kontroverse Bestimmung. Alle Gerichtsurteile der frankistischen Sondertribunale sollen für unrechtmäßig erklärt werden. Damit würden Forderungen von Opfern, individuell eine juristische Revision solcher Urteile zu erreichen, Tür und Tor geöffnet. Damit kommen möglicherweise Entschädigungszahlen in Milliardenhöhe auf den Staat zu.

Indes geht auch der Streit um die Rückgabe der Dokumente des Spanischen Bürgerkriegs, die gegenwärtig im Zentralarchiv in Salamanca in der Region Castilla y León lagern, weiter. Katalonien fordert schon seit geraumer Zeit, die 1939 aus Katalonien „gestohlenen“ Dokumente an die Region zurückzugeben. Das spanische Parlament verabschiedete zwar ein Gesetz, welches die



Rückgabe bis 2007 ermöglichen soll, doch werden noch als geheim eingestufte Dokumente zurückbehalten. Die in

Katalonien eingerichtete „Kommission für die Würde“, die für die Rückgabe zuständig ist, hat nun die „katalanische Nation“ dazu aufgerufen, an einer Kundgebung am 21. Oktober für die Rückgabe zu demonstrieren.

### Wird eine ehemalige Franco-Residenz in Galicien enteignet?

Carmen Franco Polo, die einzige Tochter Francisco Francos, streitet mit dem galicischen Regionalparlament um eine geplante „Inspektion“ des großzügigen Familienanwesens „Pazo de Meirás“. Die Erben des Diktators werfen der sozialistisch geführten

Regionalregierung (Xunta) vor, sie wolle das Gebäude „inspizieren“, obwohl es in einem hervorragenden Zustand sei und „aus eigener Tasche in Stand gehalten“ werde. Der wahre Zweck der Inspektion sei es deshalb, das Anwesen der Familie zurück zu gewinnen. Vor dem



Xunta de Galicia

Gericht in La Coruña berief sich die Franco-Familie auf die spanische Verfassung. Carmen Francos Anwalt erklärte, seine Mandantin bestehe auf nichts weiterem als auf der „Ausübung ihres verfassungsmäßig gewährleisteten Rechtes auf juristischen Schutz“. Zudem werde ihre Privatsphäre durch die Handlungen der „Xunta“ „schwer verletzt“, so der Anwalt.



Der „Pazo de Meirás“ (Foto) war dem von 1936-1975 amtierenden Diktator in-

mitten des spanischen Bürgerkriegs (1936-1939) geschenkt worden. Regionale frankistische Industrielle und Politiker hatten sich damals für die Übergabe des aus dem 19. Jahrhunderts stammenden Besitzes der Dichterin Emilia Pardo Bazán eingesetzt. Für die „prächtige und angemessene Residenz des Chefs des neuen Staates“ bezahlte eine Interessensgemeinschaft 400.000 Peseten, so eine galicische Tageszeitung im Jahr 1939. Enteignungen, Abrisse und sogar Deportationen folgten, damit Francos „Hosentaschenparlament“, wie er es später bezeichnete, gesichert und an den Verkehr angebunden werden konnte. Noch während des Bürgerkrieges begann der Diktator damit, in seinem neuen Palast Ministerräte abhalten zu lassen.

Am 30. August dieses Jahres verbot die Familie Francos dem lokalen Denkmalamt den Zutritt zum „Pazo de Meirás“, obwohl es historisch ein Geschenk „im Namen der Bevölkerung von A Coruña“ war. Die Behörden untersuchen, ob das rund 67.000 Quadratmeter große Anwesen in ein „öffentliches Kulturgut“ umgewandelt werden kann. In diesem Fall müssten Teile davon vier Tage pro Monat für Besucher zugänglich gemacht werden. Für Carlos Babió, dem



lokalen Gemeinderat der nationalistischen Partei Bloque Nacionalista Galego (BNG), ist als Sohn eines durch Enteignung Betroffenen

## NEWSLETTER

## AUS MADRID

AUSGABE 31 |

15. OKTOBER 2007

[www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

gar die „die Rückgabe an die Gemeinde“ unumgänglich. Das Gebäude habe das Zeug dazu, zu einer Touristenattraktion ersten Ranges zu werden.

In dem Palast befinden sich angeblich unzählige Kunstschätze aus Galicien. Warum die Familie den Zutritt eines Expertenteams (Architektin, Archäologe, Kunsthistorikerin) verweigert, bleibt ungewiss. Laut der regierungsfreundlichen Tageszeitung „El País“ behauptet die Nachbarschaft, dass in der Nacht vor einem Feuer, welches das Gebäude am 18. Februar 1978 heimsuchte, „etliche Lastwagen“ in das und aus dem Gebäude gefahren seien. Auch über diesen Vorfall schweige die Familie, die sich in der Gemeinde „nur blicken lässt, um am Gedenkgottesdienst für Franco teilzunehmen“, so ein von der Zeitung zitierter Anwohner.

Laut „El País“ verfügt die Familie Franco heute über ein Vermögen von 60 bis 100 Millionen Euro, welches sie teils im Verborgenen angehäuft habe. So würden bis heute historische Dokumente aus dem ehemaligen Königssitz El Pardo nahe Madrids vermisst, der dem selbsternannten „Caudillo Gottes und Spaniens“ als Residenz diene. Außerdem seien diverse Immobilien und Kunstschätze während der Diktatur in den Besitz der Franco-Familie gelangt, die ganz im Gegensatz zu den Berichten der damaligen Propaganda nicht allein vom Gehalt des Generals gelebt habe.

### >> Streit um OSZE-Konferenz gegen Islamphobie in Córdoba



Der spanische Außenminister Miguel Ángel Moratinos (Foto) geht nicht nur in der Kubapolitik eigene Wege. Jetzt hat der derzeitige OSZE-Vorsitzende mit der Ausrichtung einer Konferenz in Córdoba für Aufsehen gesorgt, welche sich mit „Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen“ in der westlichen Welt beschäftigte. Dabei bemerkte Moratinos: „Die Islamphobie ist eine Realität, gegen die wir kämpfen müssen und gegen die wir vorsorgende Maßnahmen ergreifen müssen.“ Es gebe ein „Gefühl der Zurückweisung“ gegenüber Muslimen, das sich in Arbeitsverhältnissen, bei der Vergabe von Wohnungen und in der Erziehung äußere.

Die Abhaltung einer Tagung zum Thema Islamophobie in diesem Rahmen war laut der konservativen Tageszeitung „ABC“ von mehreren europäischen Staaten und den USA kritisiert worden. Die oppositionelle Volkspartei äußerte zwar prinzipiell keine Kritik am Thema des Kongresses, bemängelte jedoch das „niedrige Niveau“ der Veranstaltung. Zudem ist es für den außenpolitischen Sprecher der PP-Fraktion im Kongress, Gustavo de Arístegui, „zutiefst irritierend“, dass die Regierung die PP von der Vorbereitung des Forums „ausgeschlossen“ habe.

Während der Veranstaltung selbst kam es unterdessen zu einem handfesten Eklat. Für diesen sorgte der Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Musa. Auf eine Journalistenanfrage erklärte der Ägypter, er unterstütze die Forderung, die seit dem Jahr 1236 als katholische Kathedrale dienende ehemalige Moschee von Córdoba, die heutige



ge [Mezquita-Kathedrale](#) (Foto), als Gebetsstätte für Muslime zu öffnen. Damit unterstützt er eine Forderung des Rats der Muslime in Spanien, der sogar eine diesbezügliche Petition an [Papst Benedikt XVI.](#) gerichtet hatte. Auch der auf der Konferenz anwesende ehemalige portugiesische

Präsident Jorge Sampaio, ein hoher Repräsentant der vom spanischen Ministerpräsidenten Zapatero ins Leben gerufenen Initiative „Allianz der Zivilisationen“, unterstützte die Forderung. „Dies wäre doch ein wunderbares Beispiel für Dinge, die man tun könnte“, so der portugiesische Sozialist.

Das katholische [Bistum Córdoba](#) erklärte daraufhin, die im letzten Dezember von Bischof Juan José Asenjo verfasste Erklärung bleibe „unverändert gültig“. Damals hatte der Bischof zu Protokoll gegeben, eine derartige Maßnahme würde nicht zum Zusammenleben von Katholiken und Muslimen beitragen, sondern schaffe „allein Verwirrung unter den Gläubigen, die einer Gleichgültigkeit der Religionen den Weg ebnet.“

Miguel Ángel Moratinos war laut „ABC“ „sichtlich unerfreut“ über das Aufkommen dieses unliebsamen Themas. Sonst nicht unbedingt als Freund des Klerus bekannt, bestärkte er in dieser Frage die Entscheidung der Kirche. Die während der Herr-

## Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Auslandsbüro Madrid  
V.i.S.d.P: Michael Däumer  
Redaktion: Michael Däumer/  
Sebastian Grundberger/ Johannes Herz  
Plaza de Castilla, 3, 16-D 2  
28046 Madrid, Spanien  
Tel: (+34) 91 579 61 86  
Fax: (+34) 91 571 86 12  
Email: [info@fka-madrid.org](mailto:info@fka-madrid.org)  
Web: [www.kas.de/Spainen](http://www.kas.de/Spainen)

**NEWSLETTER**

**AUS MADRID**

AUSGABE 31 |

15. OKTOBER 2007

[www.kas.de/Spanien](http://www.kas.de/Spanien)

schaft des Kalifats Al-Andalus im Jahr 784 begonnene Moschee gehöre zweifelsohne der katholischen Kirche. Aus diesem Grunde habe einzig und allein sie darüber zu entscheiden, wie das historische Gebäude zu nutzen sei und tue dies im richtigen Sinne. Obwohl Moratinos bei diesem Thema beschwichtigte, erregte er mit einer anderen Aussage die Gemüter vieler Spanier. Auf Nachfrage ließ er ausdrücklich die Möglichkeit offen, dass Mädchen mit der islamischen Ganzkörperverhüllung der Burka am Unterricht in staatlichen Schulen teilnehmen können. Wichtig sei es vor allem, „allen Schülern, die in eine Schule gehen und dort Bildung bekommen wollen, diese auch zu gewähren“. Die Frage der Burka werde man „positiv“ lösen, sobald in Spanien eine derartige Debatte losbreche.